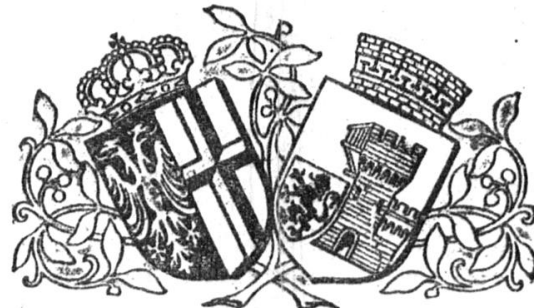


Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Ämtliches Kreisblatt für den Landkreis Neuß

Meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Wöchentliche Beilagen: „St. Quirinusblatt“ und „Heimatvolk und Heimatlied“. — Preis für die erste Hälfte März Mark 1 Billion. Nachherhebung vorbehalten. — Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Fernsprecher Nr. 53. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto Köln 41800.



Anzeigenpreis — Zahlung bei Aufgabe — für die 34 m/m breite Colonelle 25 Goldpfennig, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 30 Goldpfennig. Reklamezeile 1 Goldmark. Anzeigen erbeten bis 6 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages.

Nr. 71

Für die Schriftleitung verantwortlich: St. Keil.

Montag, 24. März 1924 (Gabriel)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

51. Jahrgang

Der Reichskanzler in Elberfeld.

Um den Bestand des Reiches! — Politik des Ausgleichs nach Außen und Innen. — Die Schulfrage.

Elberfeld, 23. März. Reichskanzler Dr. Marx sprach heute hier in der Stadthalle in einer öffentlichen Versammlung, mit der die Zentrumspartei des Wahlkreises Düsseldorf-Elt. die Dr. Marx an die Spitze ihrer Kandidatenliste gestellt hat, ihre Wahlkandidatur begann.

Am Vorabend hatten der Vorsitzende der Zentrumspartei des Wahlkreises Düsseldorf-Elt., Generaldirektor Adams (Düsseldorf), der Chef der Zentrumspartei des Berg, Landes und der Stadt Elberfeld, Apotheker Dr. Dicks, der Vorsitzende der Zentrumspartei der Nachbarkreise - Varmen, Stadt, Rektor Küpper, Abg. Vennin (Elberfeld) sowie eine große Zahl verdientvoller leitender Vertrauensleute der örtlichen und Bezirks-Zentrumsorganisationen Platz genommen. Auch Regierungspräsident Grunke, nahm an der Versammlung teil. Da in den gleichen Tagen am letzten Dienstag durch die Deutschvölkischen die große Kundgebung der katholischen Vereinigungen Elberfelds in der bekannten Weise gefordert worden war, hatte man auch Befürchtungen für die heutige Versammlung. Es war indessen ausreichender polizeilicher Schutz vorhanden. Eine Stunde vor Beginn rückte ein Polizeikontingent mit einer Abteilung Schutzo auf, die auf den ganzen Meßplatz verteilt wurden. Außerdem hatte sich ein an gelben Armbinden kenntlicher, aus allen Kreisen der Wählerschaft bestehender Selbstschutz gebildet, um etwaige Unruhmäßigkeiten abzuwehren.

Die von etwa 5000 Personen besetzte Versammlung bereitete dem Reichskanzler einen überaus herzlichen Empfang. Dr. Marx dankte, indem er seiner langjährigen Tätigkeit als Richter im Rheinland und besonders in Elberfeld gedachte, und kam dann auf seinen Besuch in Wien zu sprechen, indem er erklärte, die Gelegenheit seines ersten öffentlichen Auftretens nach der Reise gegen zu wollen, um dem österreichischen Bundesrat einen herzlichen Gruß zu senden und auf seine Einladung und Wünsche zu danken für den überaus warmen Empfang, den der Minister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, und er, der Reichskanzler, dort sowohl in Regierungskreisen wie bei der gesamten Zivilbevölkerung Wiens gefunden hätten. In seinen weiteren Ausführungen befaßte sich Dr. Marx mit der politischen Lage in Deutschland. Er führte u. a. aus:

Unser Ziel.

Der Reichstag ist aufgelöst. Ich sage das nicht als Vorwurf gegen ihn, denn ich finde ein Parlament vor großem und schweren Aufgaben. Das deutsche Volk steht jetzt vor einer wichtigen und folgenschweren Entscheidung. Um das Schicksal und die Zukunft des deutschen Volkes geht es. Leben und Tod des deutschen Volkes hängt vom Ausgang der nächsten Wahl ab. Vielleicht werden die Aufgaben, die an den Reichstag gestellt werden, noch viel weiten in ihrer Bedeutung und in der Schwierigkeit ihrer Lösung das überlegen, was dem nun vergangenen Reichstag zugemutet werden mußte. Es handelt sich um nichts mehr und nichts weniger als um die Frage: Wird das deutsche Volk leben oder soll es zugrunde gehen und auseinanderfallen? Was ist das Ziel unserer politischen Betätigung angesichts der Lage von Volk und Vaterland? Es kann nur eines sein: die Aufrechterhaltung der Einheit des Reiches und die Wiederaufrichtung unserer Nation, das heißt das Ziel des Kampfes und der Wiedergeburt. Das ist das Ziel, das wir uns setzen müssen. Wir müssen uns zunächst fragen: Welche Außenpolitik sollen wir treiben, um das gesteckte Ziel zu erlangen? Daß der Friedensvertrag von Versailles für das deutsche Volk untragbar ist und in seiner Gesamtheit ungerecht und in seiner Weise zu billigen und zu tragen ist, ist klare Einsicht des ganzen Volkes. Es ist durchaus erklärlich, wenn ein Teil des Volkes verlangt: Verweigerung jeder Erfüllung. Was würde die Folge sein, wenn dieser Weg eingeschlagen würde? Der Sieger von Versailles ist im vollen Besitz seiner Macht. Zum äußersten würde er sie anwenden, wie er sie stets angewandt haben würde, wenn wir mit großer Geistesgegenwart der uns auferlegten Verpflichtungen abgelehnt hätten. Wir sind ein waffenloses Volk. Geradezu Wahnsinn wäre es gewesen, den Gegner zu äußerster Gewaltanwendung zu reizen. Wir haben uns entschlossen, den Versuch zu machen, die schweren Lasten des Versailler Diktats bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit zu tragen, erfüllt von dem Gedanken, auf diesem harten Wege der Pflichterfüllung am ehesten die Befreiung Deutschlands von den ihm durch den Versailler Vertrag auferlegten Fesseln zu erreichen. Schwer hat die Pflicht, die das deutsche Volk infolgedessen hat tragen müssen. Geblieben ist dadurch aber die Einheit des Reiches.

Dr. Marx gedachte hierbei der schweren Leiden der Bevölkerung des besetzten Gebiets und dankte ihr unter dem bescheidenen Titel der Versammlung für ihre mutvoll bewiesene Geduld, besonders dankte der Reichskanzler im Namen der Regierung und des deutschen Volkes allen, die sich lieber aus der Heimat ausgewiesen hätten als dem Sieger zu Willen zu sein. Er betonte beson-

ders, daß die Entscheidung, ob die hinter der Regierung stehenden Parteien recht gehandelt hätten oder nicht, immer leichter werde, je mehr man sich dem besetzten Gebiet näherte. Wer in Berlin oder weiter darüber hinaus sitze, habe es unheimlich leicht, über die Lage zu sprechen. Aber im besetzten Gebiet und in dessen Nähe wisse man, daß das Ertragen der uns auferlegten nationalen Pflicht sei. Der Reichskanzler führte dann weiter aus:

Was ist heute national?

Trotz der Lehren, die jeder einsichtige Deutsche aus den bitteren Erfahrungen des passiven Widerstandes an der Ruhr ziehen muß, laufen noch viele Kreise des Volkes auf beruhigende Klänge von Rassenstolz und nationaler Engherzigkeit. Man träumt von bewaffnetem Widerstand, obwohl unsere Waffenvorräte zerstreut und zertrümmert sind. Obwohl niemand von denen, die so gern das Wort „national“ im Munde führen, sagen kann, wie ein bewaffneter Widerstand für uns möglich sein soll. Weit mehr scheint mir eine nationale Gesinnung zu sein, sich durch Liebernahme schwerer und enger Pflichten im Dienste des Vaterlandes auszuzeichnen, um Schweiß und Blut in fernzuhalten. Die Wahlbewegung wird den inneren Parteistreit um die Führung der Außenpolitik wieder verflüchtigen lassen; trotzdem ist es meine Hoffnung und sicherlich die Hoffnung der gesamten Bevölkerung der schwerelastenden Gebiete, daß das neue Parlament in seiner Mehrheit entschlossen ist, die Wiederherstellung der nationalen Einheit zum höchsten Ziel zu setzen, einmütig in dem hohen nationalen Ziel: durch materielle Opfer zur nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Freiheit. Dieses Ziel muß in allererster Zeit erreicht werden, sollen Deutschland und mit Deutschland Europa und die ganze Welt wieder ein würdevolles Dasein führen. Große Entscheidungen stehen dem kommenden Reichstag bevor. Die ausländischen Sachverständigen werden in kurzen ihr Gutachten über die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes und die Möglichkeit der Wiederherstellung der Einheit abgeben. Alsdann wird der Widerstandsweg auszuwählen sein. Wir wissen, daß schwere und drückende Lasten auf das deutsche Volk gelegt werden. Schwere Eingriffe in die Konsumtion unserer Finanzen und die souveränen Rechte des Reiches werden versucht werden. Höchst verantwortungsvolle Entscheidungen werden von der künftigen Regierung getroffen werden müssen. Glaubt man, daß Entscheidungen, die gegenständig für unser Volk und Vaterland sein werden, von einer Regierung getroffen werden können, die sich auf parteipolitische Überbegriffe stützt oder auf Parteien stützt, die absichtlich zu Konflikten mit dem Feinde hinführen und damit nur zu leicht den Zerfall des deutschen Reiches herbeiführen können? Wenn jemand hier ist, der Frankreich einen Gefallen tun will, der prebde Gewalt, um das deutsche Volk in die Folgen auf seinem Rücken spüren. Nationale Politik ist ferner unserer Lebensregung nach auch die Entschlossenheit, die Verfassung des Reichs zu schützen und zu sichern auf dem Boden der in Weimar beschlossenen Verfassung. Hochverrat ist jeder Versuch, auf nichtgesetzlichem Wege unsere Verfassungsmäßig festgelegte Staatsreform zu ändern. So lange der Feind vor der Tür steht, besteht ein schweres Verbrechen, der gegen diese Verfassung angehen will. Die Verhältnisse gerade im Jahre 1923 hatten sich außerordentlich freudig und unheimlich verändert. Der passive Widerstand war vergeblich und wurde zu spät aufgegeben. Seine Folgen sind jetzt noch schwer tragbar. Es kam darauf an, nun Maßnahmen zu treffen, die uns kurz vor dem Sturz in den Abgrund zu retten geeignet waren. So erwachte der Ruf nach dem starken Manne, nach dem Diktator. Als nun aber die Regierung den Reichstag um außerordentliche Vollmachten bat, da war der Ruf nach dem Diktator auf einmal vollkommen verstummt. Große und ernste Anforderungen hat gerade die letzte Zeit an Regierung und Volk gestellt. Die finanzielle und wirtschaftliche Lage war im Herbst des vorigen Jahres namentlich infolge der wahnwitzigen Inflation immer trostloser geworden. Immer weiter verbreitete sich die Erkenntnis, es müsse rasch und entschlossen gehandelt werden und lange Beratungen des Reichstags könnten nicht mehr zu gutem Ende führen. In kluger Selbstbescheidung entschloß sich deshalb der Reichstag in voller Erkenntnis der Verantwortung mit Gesetzeskraft zu geben. In dem erforderlichen Umfang hat die Regierung von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht. Überaus harte und schwere Opfer sind dem Volke zugemutet worden. Drei Ziele waren, wie ich im Reichstag schon gesagt habe, maßgebend für das Vorgehen der Regierung: Festhalten unserer Währung auf dem Standpunkt vom November 1923. Ausgliederung unserer Haushalte. Wiederbelebung unserer Wirtschaft. Die Bestimmungen im einzelnen mögen angreifbar und abänderungsbedürftig sein. Sie waren in ihrer Gesamtheit bestimmt, den oben genannten Zielen zu dienen, und die Erfahrung hat gezeigt, daß sie tatsächlich geeignete Mittel dazu waren. Unser Währung steht noch auf dem Stand vom November 1923. Unser Haushalt, wie

er den internationalen Sachverständigen vorgelegt werden konnte, balanciert. Das Wirtschaftsleben zeigt eine Wiederbelebung, die zu neuen Hoffnungen berechtigt. Überaus schwer sind gewiß die Eingriffe, die durch einzelne der erlassenen Verordnungen in das Privatrecht erfolgt sind.

Ich weise hin auf die Verordnung über den Beamtenabbau, aber die außerordentlich starke Herabsetzung der Beamtengehälter; ich führe an die 3. Steuernotverordnung mit der in so vielen Kreisen beklagten weitgehenden Einschränkung der Wiederaufwertung von Forderungen aus der früheren Zeit, Verordnungen, die, einzeln betrachtet, scharfe Kritik zu verdienen scheinen, die aber erlassen werden mußten, wollten wir das uns durch die Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes gestellte Ziel erreichen. Deswegen bin ich sicher, auch der Beamte, der sich bitter und nicht mit Unrecht über die Herabsetzung seiner Gehaltsbefreiung beklagt, wird mir zustimmen, wenn ich sage: besser ist es, einige Zeit schwere Lasten und größere Entbehrungen zu tragen, als in den Wahnsinn der unheimlichen Inflationen zurückzufallen. Die erlassenen Verordnungen sind zum größten Teil nur auf Zeit eingelegt. Sie müssen und sollen verbessert oder ganz aufgehoben werden, sobald sich unsere Wirtschaftslage entsprechend gebessert hat, so daß auch ein Aufwollen der betreffenden Fragen ohne Besorgnis erfolgen kann. Aber die Regierung hat sich mit aller Entschlossenheit dagegen gewandt, daß die ungemein schwierigen Probleme, die in den einzelnen Verordnungen zum Ausdruck gekommen sind, zurzeit im Plenum oder in den Ausschüssen des Reichstags zur Besprechung gelangen. Ich bin der Überzeugung, daß die Reichsregierung mit Sorgfalt und Recht so gehandelt hat. Unsere Währung ist noch so wenig gefährdet, daß sie von der leichtesten Einwirkung von außen ins Schwanken gebracht werden kann. Umsoher Berichte ausländischer Zeitungen über Verurteilungen der internationalen Sachverständigen waren imlande, den Stand der Mark an der Börse in New York ins Wanken zu bringen. Die Reichsregierung hätte gewiss gehandelt, wenn sie den gewonnenen Stand unserer Währung durch erregte Parteibattanten im Reichstag hätte gefährden lassen. Die Auflösung des Reichstages war angesichts dieser Gefahr geradezu eine Notwendigkeit. Die Gesundheit und Förderung der deutschen Wirtschaft anzupackern, ist Pflicht einer deutschen Politik. Eine gesunde Wirtschaft ermöglicht allen materiellen und kulturellen Wohlstand unseres Volkes. Die Förderung der Produktion stellt starke Anforderungen an alle Wirtschaftskreise, insbesondere an die Arbeiterkreise, die gewonnenen Geld, manche der zur Beförderung ihrer harten Lage geschaffenen Geldleistungen vorübergehend preiszugeben. Es ist verständlich, daß sie das schwere Herzogen gelien haben, aber sie haben die Opfer in Wahrung der schweren materiellen Lage Deutschlands gebracht. Um so ernster und um so schwerer diese Lasten auf die Arbeitnehmer gelegt sind, um so ernster ist die Mahnung an die Arbeitgeber, alles zu unterlassen, was den Arbeitnehmern erwidert, als verächtlich sie, die jetzige wirtschaftliche Lage zu betrachten, um die Rechte der Arbeitnehmer zu beeinträchtigen. Wer in so gefährlicher Zeit wie der heutigen keine wirtschaftliche Macht ausübt, der begeht ein Verbrechen an seinem Volk und Vaterland. Die Regierung wird alles daneben, was in ihren Kräften steht, um solche Mißgriffe zu verhindern und unmöglich zu machen.

Im letzten Teil der Rede befaßte sich der Kanzler mit ethischen und kulturellen Fragen. Das Zentrum hat von jeher die christliche Staatsauffassung zur Grundlage seiner politischen Entschlüsse gemacht. Die Grundsätze des Christentums müssen auch in der Politik maßgebend sein. Das Zentrum hat sich wie eine Pylone vor die Wahrung christlicher Sitte und Gerechtigkeit gestellt. Versuche, die Gesetzgebung zu erleichtern, indem die einfache Feststellung der Zerrüttung des Familienlebens zur Entscheidung genügen solle, auch ohne daß ein Verschulden eines der Ehegatten nachgewiesen wäre, hat die Zentrumspartei durch ihr entschiedenes Eingreifen dadurch vereitelt, daß sie erklärte, wenn eine derartige Vorlage von der Regierung eingebracht und eine Mehrheit finde, sei mit diesem Augenblick das Verbleiben des Zentrums in der Regierung zu Ende. (Beifall.) Anträge auf Aufhebung des berüchtigten Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches hat man bisher im Reichstag nicht zur Verhandlung zu bringen gewagt. Leider ist das durch die Verfassung vorgesehene Schulgesetz nicht zustande gekommen, sicherlich nicht durch Verschulden des Zentrums. Schwere Vorwürfe sind auch an katholischen Kreisen dieserhalb gegen die Partei erhoben worden. Durchaus mit Unrecht. In monatelanger mühevoller Arbeit haben die Abgeordneten des Zentrums es versucht, gemeinsam mit anderen Parteien Anträge zu vereiteln, die den berechtigten Ansprüchen christlicher Eltern auf Gehaltung des Schulwesens entsprechen hätten. Nachdem endlich nach monatelanger Arbeit Anträge fertiggestellt waren, wurde bei den entscheidenden Punkten der Begriffsbestimmung der Konfessionsschule durch das Verlangen der demokratischen Parteien das Zustandekommen des Gesetzes zu unserem großen Bedauern verhindert. Wir werden nicht davon ab-

lassen, zu verlangen, daß als Konfessionsschule in Deutschland gesetzlich nur die anerkannt wird, in der die Kinder einer Konfession durch Lehrer derselben Konfession unterrichtet werden und zwar in einer Weise, die der religiösen Auffassung der betreffenden Konfessionsangehörigen entspricht.

Wenn uns von Katholiken aus Kreisen der Deutschnationalen Partei der Vorwurf gemacht wird, wir hätten unterlassen, im Zusammengehen mit der deutschnationalen Partei das Gesetz zustande zu bringen, so ist dieser Vorwurf durchaus unhaltbar. Zum Zustandekommen eines Gesetzes gehört die Mehrheit des Reichstages. Diese Verantwortung verteilen nur zu oft Leute, die sich zu halblöser Kritik berufen können. Die Dinge im Reichstag lagen nun einmal so, daß Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei, Bayerische Volkspartei und Zentrum zusammen nicht die Mehrheit bilden konnten. Es mußten also andere Parteien zur Mitwirkung veranlaßt werden. Daß diese Versuche, die nach der zahlenmäßigen Zusammensetzung des Reichstages einfach unumgänglich waren, gescheitert sind, daran trägt das Zentrum keine Schuld. Sobald der neue Reichstag verammelt sein wird, wird das Zentrum in Erwägung ziehen, welche Schritte zu unternehmen sind, um ein den Wünschen des christlichen Volkes entsprechendes Schulgesetz zustande zu bringen.

Es muß ein arbeitsfähiger Reichstag geschaffen werden, ein Parlament, das nicht Parteipolitik, sondern Staatspolitik zum Wohle der Gesamtheit treibt, die Reparationsfrage glücklich löst, den wahren Frieden und wirtschaftliche Besserung herbeiführen hilft, aber unsere nationale Ehre intakt läßt. Seine Mitglieder müssen sich bewußt sein, daß sie sich nicht in Partei- oder gar in konfessionellen Streitigkeiten ergehen dürfen, sondern daß es gilt zu zeigen, daß das gesamte deutsche Volk von einem großen starken Lebenswillen getragen ist. Wir wollen leben, arbeiten und schwere Lasten tragen zum Wohle und zur Wiedergewinnung der Freiheit des Vaterlandes. Jeder Staatsbürger muß sich darum der Macht und der Verantwortung für den abzugebenden Stimmzettel bewußt werden. Leben oder Tod des Reiches hängt davon ab. Ein Wort Schillers variierend, rief der Kanzler jedem Wähler zu: In deiner Hand sind deines Schicksals Sterne. Über allem müsse der Segen stehen: Deutschland, Deutschland über alles! (Langanhaltender, rauschender Beifall.)

Für Zentrumspolitik.

Essen, 23. März. In einer stark besuchten Versammlung im Großen Saalbau eröffnete die Zentrumspartei in Essen den Wahlkampf. Es sprachen in der heutigen Versammlung Minister a. D. Giesberts und Dr. Bell. Die Redner erwarteten von dem neuen Reichstag eine feste Mehrheitsbildung, welche eine starke, entschlossene Führung des Staates gewährleisten würde. Bei der großen Verärgerung fast aller Berufsständchen und der Wirkung der extremen Agitation von rechts und links erhebe die Erreichung dieses Ziel gefährdet. Umsoher müsse das Zentrum umgeschwächt und mit einem entschlossenen politischen Willen in den Reichstag wieder einziehen. Die Zentrumspartei müsse wie bisher der uneingeschränkten Konzentration der politischen Mehrheitsbildung sein und Volk und Land über die schwere Zeit hinweghelfen. Der Wahlkampf sollte deshalb wieder nach rechts noch nach links geführt werden, sondern für die eigene Politik der Zentrumspartei, und diese Politik sei der Dienst an Volk und Vaterland!

Der Spionageprozeß gegen d'Armont.

Das Urteil.

Wien, 20. März. Das Urteil in dem Spionageprozeß gegen den Grafen d'Armont lautet auf 12 Jahre Zuchthaus und 5000 Mk. Geldstrafe. Die Geldstrafe wird durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet.

Um die niederländische Gesandtschaft beim Hl. Stuhl.

Amsterdam, 21. März. Infolge eines Antrages der christlich-historischen Kammerfraktion, die niederländische Gesandtschaft bei dem Hl. Stuhl aufzulösen, wird in niederländischen Kammerkreisen auf die Gefahr einer Regierungskrise hingewiesen, da Außenminister van Karnebeek die Absicht haben soll, zurückzutreten, falls die Regierung den Antrag annehmen wird. Dem einflussreichen katholischen Massstab zufolge ist der Antrag der christlich-historischen Kammerfraktion von weitestgehender Bedeutung. Die Annahme des Antrages erscheine durchaus möglich. In diesem Falle müsse mit der Gefahr einer allgemeinen Kabinettkrise gerechnet werden. Die Auflösung der Kammer sei dann unumgänglich.

Aus dem Haag, 23. März. Die niederländische Kammer lehnte den Antrag, die Gesandtschaft beim Vatikan aufzulösen, mit 61 gegen 24 Stimmen ab. Die Sozialdemokraten stimmten gegen den Antrag. Durch die Ablehnung des Antrages ist die Gefahr einer Regierungskrise beseitigt.

Zur Wahlbewegung.

Die am 4. Mai stattfindenden Reichstagswahlen erfordern von allen Wahlberechtigten, Wahlvorstehern und von jedem, der bei der Wahl und im Wahlkampf tätig ist, genaue Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen, die gegen die früheren Wahlen stark verändert sind. Nur die sorgfältige Beachtung aller Wahlvorschriften sichert gegen Störungen des Wahlganges und Wahlanfechtungen wegen Formfehlern. Als unbedingt zuverlässiger Ratgeber ist das Wahlhandbuch „Das Reichstagswahlrecht“ von Ministerialdirektor Dr. v. Schulze (Verlag von Neimar Götting, Berlin SW. 61) erprobt. Der Verfasser, der der berufene Spezialist auf dem Gebiete ist, hat das Buch soeben auf Grund der neuesten Vorschriften und der Reichstagsordnung völlig neu bearbeitet herausgegeben.

Die Wahlen der Ausgewiesenen.

Wien, 21. März. Durch Verordnung vom 17. März, veröffentlicht im Reichsgesetzblatt Nr. 22, hat der Reichsminister des Innern für die Reichstagswahl angeordnet, daß Stimmberechtigte, die aus dem befestigten Gebiet ausgewiesen oder durch Maßnahmen der Befehlshaberbehörde verdrängt sind, auf Antrag in die Stimmliste ihres gewöhnlichen Aufenthaltsorts einzutragen sind. Erfolgt die Ausweisung oder Verdrängung erst nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Stimmliste, so erhält der Ausgewiesene oder Verdrängte von der Gemeindebehörde seines neuen Aufenthaltsorts auf Antrag einen Stimmzettel, der ihn zur Teilnahme an der Reichstagswahl berechtigt. In Preußen erhalten Ausgewiesene oder Verdrängte mit Rücksicht auf die Bestimmungen des preussischen Wahlrechts, das in solchen Fällen nur die Ausstellung eines Stimmzettes kennt, auch für die Reichstagswahl in allen Fällen, also auch bei Antragstellung vor Ablauf der Auslegungsfrist einen Stimmzettel.

Die Wahl im befestigten Gebiet.

Bonn, 22. März. In einer Besprechung mit den Führern der politischen Parteien hat der hiesige Oberbefehlshaber der Rheinlandkommission, Oberst v. S., für die kommenden Wahlen völlige Versammlungsfreiheit und Pressefreiheit zugesichert unter der Voraussetzung, daß keinerlei Äußerungen aufreger oder verletzender Art gegen die Befehlshaber und den Vertrag von Versailles fallen, und daß die öffentlichen Versammlungen nach den geltenden Bestimmungen 48 Stunden vorher angemeldet werden.

Um den Termin der Gemeindevahlen.

Der Vertreter der Preussischen Landtagskommission hat am Freitag vor der Vollziehung erneut über die Frage des Termins für die Gemeindevahlen. Diese Wahlen wurden sich dahin einig, daß der Landtag, der ja heute in die Ferien geht, am 3. April wieder zusammenberufen werden soll, um den Wahltermin der Deutschen Volkspartei und des Zentrum, der für die Gemeindevahlen den 1. Juni festlegen will, zu beraten.

Stadt-Nachrichten.

Neuß, 24. März 1924.

Die Vorstandssitzung der Jugend- und Jungmännervereine heute abend 8 Uhr im Marienhause hat folgende Tagesordnung: 1. Theaterwesen in unseren Vereinen; 2. Staatsbürgerlicher Kursus; 3. Ethischer Kursus; 4. Mission und Diakonie; 5. Beschiedenes. Es wird um allgemeines und pünktliches Erscheinen gebeten.

Die Vorzüge für Jungfrauen beginnen heute abend 7 Uhr in der Marienkirche für alle Jungfrauen der Marienkirche und 7 Uhr in der Jugendheim, Stadthaus, für alle Jungfrauen von Weidenberg. Man möge pünktlich erscheinen.

Freiwilliges Musikfest im Mai. Zur Feier des 100. Musik-Jubiläum findet am 13., 14. und 15. Mai im neuen Zeughaus Saal ein Musikfest statt, zu dem das Wiener Hof-Orchester, das Wiener Stadtkapell und eine unter Leitung von Professor Wienbrock, Frau Eva W. u. Frau T. u. Klein und der Kölner Solo-Gesellschaft ihre Mitwirkung zugesagt haben. Das Hof-Orchester spielt am 13. Mai zunächst ein Quartett des alten Lützendorfer, sodann mit Herrn Hesse ein Quintett von Schubert und mit Frau Klein das Klavier-Quintett von Dvorak. Das Kölner Orchester erscheint zweimal und zwar gelangt am 14. Mai Werke der drei großen 8. zum Vortrag: eine Sopran-Arie von Bach, Beethoven's Grotte und Brahms' 1. Sinfonie. Am 15. Mai gibt es nur heitere Musik u. a. eine kleine Kabin-Sinfonie und von Johann Strauß zwei Walzer und die Fledermaus-Ouvertüre, Kompositionen, die man nur selten von einem erstklassigen Orchester hören kann. Der Kartenverkauf beginnt am 1. April und ist zunächst den Abonnenten der Musik-Abende vorbehalten.

Die Städtische Mädchenberufsschule veranstaltete gestern abend im festlich geschmückten Saale des Marienhause die Entlassungsfeier für die zu ihrem zur Entlassung kommenden Schülerinnen. Der rege Besuch sowohl seitens der Eltern und Angehörigen als auch der in Frage kommenden Verwaltungsbürokraten bewies das Interesse an der Schule und der Entwicklung unserer Jungmädchen. Nach einem einleitenden Chorvortrag hielt die Direktorin der Musik-Fr. Neumann eine Ansprache, in der sie auf den Zweck und die Ziele der Schule hinwies und den zu entlassenden Mädchen ernste Worte auf den ferneren Lebensweg mitgab. Es folgten dann nach dem Motto „Von Kunde zur Frau“ sechs Vorträge, Tänze, Deklamationen, Duette und Gesänge, wodurch die Schülerinnen mit viel Liebe und Gefühl den Abschied von der Schule im besten Sinne bewerkstelligten, der aber auch zu recht dazu angeleitet war, wieder ein Bindeglied zwischen Schule und Elternhaus zu sein. Beifälliger Applaus beehrte die Schülerinnen und Schülerinnen für die geleistete Arbeit.

Zur Frage der Werbungskosten hat der Reichsfinanzhof, wie die Handelskammer zu Neuss erfährt, unter dem 12. Dezember 1923 folgende wichtige Entscheidung getroffen: Der Steuerpflichtige besitzt eine Villa im Vorort einer Stadt, die er den größten Teil des Jahres bewohnt. Außerdem hat er eine Wohnung in der Stadt, wo sich seine Arbeitsstätte befindet. Die Vorinstanz hat für die Jahre vom Vorort nach seiner Arbeitsstätte im Laufe des Jahres von 20 000 Mark in Abzug gebracht. Das Finanzamt hält den Abzug nicht für gerechtfertigt, weil der Steuerpflichtige die Villa im Vorort nur seiner Annehmlichkeit wegen bewohnt, und nicht aus persönlichen Rücksichten seinen Wohnsitz so weit entfernt von seiner Arbeitsstätte wähle, berechtigt sein solle, die ihm durch Fahrten von diesem Wohnsitz zur Arbeitsstätte erwachsenden Kosten von seinem Einkommen abzusetzen. Die Rechtsbeschwerde des Finanzamtes kann nicht von Erfolg sein. Nach § 13 I d. F. sind allerdings nur notwendige Ausgaben, die dem Steuerpflichtigen durch Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte erwachsen, als Werbungskosten anzusetzen. Die Werbungskosten sind demnach nur dann absetzbar, wenn sie notwendig sind, um die Arbeitsstätte zu erreichen. Es kommt darauf an, ob der Steuerpflichtige die Aufwendungen bei verständiger Würdigung der Verhältnisse als zur Dienstleistung erforderlich halten könnte. Inwieweit sich der Steuerpflichtige bei der Wahl seiner Wohnung, ob die in Abzug gebrachten Ausgaben notwendig waren. Die Steuerbehörde muß sich hierbei jedoch auf den Standpunkt des Steuerpflichtigen stellen, seine persönlichen Verhältnisse als gegeben annehmen und von hier aus beurteilen, ob er die Ausgaben für notwendig halten konnte. Zu den gegebenen Tatsachen gehört aber der Wohnsitz des Steuerpflichtigen. In einer von Justiz-Druck-Verlag, Bonn, S. 225 angeführten Entscheidung des preuss. Oberverwaltungsgerichts ist gegenüber abweichenden Entscheidungen desselben Gerichtshofes (preuss. Oberverwaltungsgericht in Steuerfällen Bd. 2 S. 77; Bd. 6 S. 261; Bd. 9 S. 146; Bd. 14 S. 187) für das frühere preussische Recht ausgeführt, daß der Steuerpflichtige in der Wahl seines Wohnsitzes keinerlei Beschränkungen unterliegt, und ihm frei steht, seine Nachteile daraus zu ziehen, daß er nicht am Ort seiner Arbeitsstätte wohnt, ohne Rücksicht darauf, aus welchen Gründen er seinen Wohnsitz gewählt hat, und ob dieser von der Arbeitsstätte mehr oder weniger weit entfernt liegt. Dieser Rechtsauffassung muß auch für das Reichs-einkommensteuergesetz zugestimmt werden. Im vorliegenden Fall verhält es sich auch nicht, daß der Steuerpflichtige außer im Vorort noch eine Wohnung in der Stadt gehabt hat. Denn er hat unstrittig den größten Teil des Jahres im Vorort gewohnt und von dort aus die Fahrten zu seiner Arbeitsstätte unternommen. Daß die weite Entfernung die Fahrten notwendig machte und die Kosten tatsächlich entstanden sind, ergibt sich aus in dieser Instanz nicht mehr angeführten Feststellungen der Vorinstanz. Die Rechtsbeschwerde wurde hiernach im vollen Umfang zurückgewiesen.

Wohnungsamt. Hierzu schreibt uns die Stadtverwaltung folgendes:

Obwohl die Stadt Neuss bezüglich der Erstellung von Wohnwohnungen in den letzten Jahren von allen Städten wohl am günstigsten abgeschnitten ist, ist die Wohnungsnot nicht gelindert, sondern sie besteht in ihrer ganzen Größe fort. Wesentlich verschärft wurden die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt durch die größere Inanspruchnahme von Quartieren seit der Inflation. Neben den für die Befragung gebauten Wohnungen waren noch beschlagnahmt am 15. März d. J. insgesamt 104 mit 354 Männern und 94 Eingekerkerten. Hinzu kommt noch in den meisten Fällen die Kerkernutzung. Die Lage nimmt außerdem 200 Zimmer in Anspruch. Weiter sind die sämtlichen Wohnungen der Eisenbahner belegt und in den Hotels noch 70 Betten belegt. Die Unterbringung der zurückkehrenden Eisenbahner macht deshalb große Schwierigkeiten, da ca. 100 Familien ausgewiesen waren. Es ist verständlich, daß das Wohnungsamt unter diesen Umständen am meisten zu leiden hat. Es handelt sich um Tagelöhner von allen Seiten und meist aus persönlichen Not, während doch hier nicht Personen, sondern die Verhältnisse schuld sind. Aber nicht nur die Wohnungssuchenden sind unglücklich, in gleichem Maße ist auch die Unzufriedenheit bei den Hausbesitzern, weil es ja meist nicht möglich ist, ihnen die Leute zuweisen, die ihnen am genehmsten sind, sondern das Wohnungsamt muß sich auf die Dringlichkeit der Fälle einstellen. Die Stadtverwaltung hatte gehofft, daß durch die vor ca. einem halben Jahre getroffene Neuordnung der Immobilien gegen das Wohnungsamt etwas nachgelassen würde, denn seit dieser Zeit werden die Wohnungen nicht mehr von Degeneraten vergeben, sondern von einer Kommission, die sich paritätisch aus Hausbesitzern und Mietern zusammensetzt. Das Wohnungsamt bringt lediglich mehrere Fälle in Vorschlag, die Kommission beschließt und der Beschluß wird dann von den Degeneraten ausgeführt, bezug mit seiner Unterschrift gegeben. Ab 1. April d. J. soll den Hausbesitzern gegenüber ein weiteres Entgegenkommen gezeigt werden. Die Verfügung, die hierzu erlassen ist, lautet folgendermaßen:

Ab 1. April soll versuchsweise eine weitere Förderung der Wohnungsvermittlung von Wohnungen eingeführt werden. Es wird hierfür folgendes Verfahren eingeschlagen:

Sobald eine Wohnung freigegeben wird, beschlagnahmt ist, werden 3 in der ersten Linie in Frage kommenden Wohnungssuchenden dem Haus-eigentümer vorgelegt. Derselbe muß sich innerhalb 24 Stunden entscheiden. Reicht er alle 3 Bewerber ab, so hat die zuständige Kommission wie bisher unverzüglich die Zuteilung vorzunehmen.

Die Erfahrungen, die in Nachbarschaften sich meistens ergeben, einen der Vorgelegten anzunehmen, so daß doch immer wieder zu dem alten Verfahren zurückgegriffen werden mußte.

Unter der Berücksichtigung, daß hier in Neuss schon seit langer Zeit der Einfluß der Weichkäse bei der Vergabe der Wohnungen ein sehr großer ist, wird gehofft, daß hier besondere Erfahrungen mit dieser Einrichtung gemacht werden.

Die Mutterberatung für den 2. Bezirk findet in dieser Woche am Dienstag, den 25. d. Mts., im alten Hospital, Schmalz, 4. Platz, für den Dreifachen-Bezirk am Mittwoch, den 26. d. Mts., in der Wein-gartenschule, Mädchenklasse. — Sprechstunden wie immer.

Neue Zugverbindungen auf der Strecke Neuss-Düren. Ab 28. März fahren von Neuss nach Düren folgende Züge (westeuropäische Zeit) 4.44, 5.28, 6.38 bis Grevenbroich, 8.08, 11.35, 12.42, 1.58, 3.49, 5.32, 6.31 werktags bis Grevenbroich, 9.40 bis Wuppertal, 10.43. Nach mitteleuropäischer, also Ortszeit, sind die Abfahrtszeiten eine Stunde später.

Aus Nah und Fern.

Köln, 24. März. (Ein Restaurant im ehemaligen Festungswerk.) Seit mehr als 80 Jahren befinden sich im Norden der Stadt umweit des Kaiser-Friedrich-Denkmal am Rhein drei Festungsanlagen, die inoffiziell ein Geschäft gesehen haben. Nimmere hat die Stadt die Grabenwehr auf der mittleren Anlage der Kölnen Gaststätten-K. G. in Gebrauch gegeben, die auf ihr einen neuzeitlichen Gasthof errichtet. Die alte Kapuziner wird im Innern vollkommen umgebaut, erhält ein Zwischengeschoss und darüber ein Haupt- und Obergeschoss mit einem 400 Personen fassenden „Saalzimmer“ neben kleineren Gesellschaftsräumen und einer etwas tiefer liegenden Terrasse, die einen ungeheuren Weisheit über den Rhein gewährt. Die Aus-nahme des Wirtschaftsbetriebs soll schon im Juli erfolgen können.

Der Verkehr mit Holland.

Wien, 20. März. Die Wiederaufnahme des Verkehrs mit Holland ist nunmehr erfolgt, nachdem über 14 Monate jede Verbindung zwischen beiden Ländern unterbrochen war. Es werden zunächst je zwei Zugpaare der Strecke Neuss-Köln von und nach Grevenbroich durchgeführt. Weiter kann damit gerechnet werden, daß Ende des Monats auch der internationale Durchgangsverkehr über Hammelen-Grefeld-Köln und weiter süd-wärts wieder aufgenommen werden wird.

Kleine Nachrichten.

London, 23. März. Der New Yorker Herald schreibt, daß man trotz allem hoffe, daß die Sachverständigen ihren Bericht am 1. oder 2. April der Reparationskommission einreichen können, so daß man noch vor Ostern mit der Einberufung einer großen internationalen Konferenz, entweder in Paris oder in Brüssel oder in London rechnen könnte.

Der Plan einer neuen Abrüstungskonferenz.

Wien, 22. März. Der Petit Parisien meldet aus Washington: Das Repräsentantenhaus nahm gestern abend einstimmig eine Vorlage an, wodurch Präsident Coolidge ersucht wird, Verhandlungen zwecks Einberufung einer neuen Abrüstungskonferenz einzuleiten, auf der alle Staaten, die auf der Washingtoner Konferenz nicht erschienen sind, einladen werden sollen. Großbritannien, Frankreich, Japan und Italien sollen zu dieser Konferenz eingeladen werden.

Beamtenbewegung

Die Wahrheit über die Beamtengehälter. Vom Preussischen Staatsrat des Reichstages des Deutschen Beamtenbundes wird uns geschrieben:

Nach einer WTB-Meldung soll die zum 1. April eintretende Neueingelung der Beamtengehälter sich in der Weise auswirken, daß eine Erhöhung des Einkommens um 20 bis 25 Prozent eintritt. Leider ist dies für das besetzte Gebiet durchaus unzutreffend. Was die von der Regierung und allen politischen und wirtschaftlichen Vertretungen als unbedingt notwendig bezeichnete Erhöhung der völlig ungenügenden Beamtengehälter für die in Neuss wohnenden Beamten bedeutet, sei an einigen Gegenbeispielen gezeigt. Da bis ins einzelne gehende amtliche Meldungen noch nicht vorliegen, dienen die in der Presse veröffentlichten Rahmenda-ben als Grundlage. Wir haben die unter den günstigsten Voraussetzungen geltenden Ziffern (Ortsklasse A) angenommen; vielfach müssen bei der amtlichen Bekanntgabe der Einzelsätze noch Abstriche erfolgen. Doch glauben wir, im allgemeinen Interesse die irreführende Berliner Darstellung nicht länger unbebachtet lassen zu dürfen.

Ein Beamter der Gruppe III mit zwei Kindern bis zu 6 und 14 Jahren erhält nach acht Dienst-jahren

	bisher jährlich	ab 1. April:
1. Grundgehalt	852 M	962 M
2. Ortszuschlag	180 M	312 M
3. Frauengeldzuschlag	84 M	96 M
4. Kinderbeihilfe	282 M	336 M
	1898 M	1706 M
5. Ferner örtlicher Sonderzuschlag	891,50 M	255,90 M
bisher 28%	jezt 15%	67,20 M
	958,70 M	2022,10 M
Insgesamt:	1856,70 M	2022,10 M
Monatlich	154,72 M	169,10 M

Also rechnerische Erhöhung monatlich 14,38 M; davon gehen noch ab 7 Prozent Steuer gleich 1 M, so daß der Beamte 13,38 M mehr in die Hand bekommt. Dieses scheinbare Plus verwandelt sich aber tatsächlich in ein Minus durch die Erhöhung der Steuern zum 1. April. Wenn es sich bewahrheitet, daß die Miete ab 1. April 87 Prozent der Friedensmiete betragen soll gegen höchstens 29 Prozent im März, also mindestens 38 Proz. mehr, so ergibt dieses Mehr bei einer Friedensmiete von 32 M gleich 12,16 M. Demnach kommt für den Beamten im April eine zahlensmäßige Erhöhung von 1,22 M heraus.

Ein Beamter der Gruppe 6 mit 6 Dienstjahren erhält mit 1. April 4,40 M weniger.

Ein Beamter in Gruppe 11, drei Kinder, zwei bis 6 Jahren, eins bis 14 Jahren, erhält nach 10 Dienstjahren im April 50 M mehr, ab 6 Prozent Steuer gleich 3 M; also 47 M Mehrerhöhung. Bei

Zentrumspartei Neuss Stadt

Geschäftsstelle Marienplatz 26. — Telefon 1068
Sprechstunden 10-12 vorm., 5-6 nachm.

Der Vorstand, die Fraktionsmitglieder, Bezirksvorsteher und Vertrauensleute werden gebeten, die neu erschienenen Broschüren „Zentrum und die deutschen nationalen Katholiken“ auf dem Parteibüro kostenlos in Empfang zu nehmen.

Annahme von 100 M Friedensmiete steigt diese unter obigen Voraussetzungen um 38 M; demnach ein tatsächliches Mehr von 9 M.

So steht in Wirklichkeit die „Erhöhung“ der Gehälter aus, für viele der Beamten eine tatsächliche Verminderung des Real Einkommens, nur bei einem geringeren Teil in den höheren Gruppen eine verschwindende Erhöhung von nicht 1 Prozent. Dazu war, wie nochmals festgestellt sei, die völlige Unzulänglichkeit der jetzigen Besätze regierungsseitig stets anerkannt und sollte nur für kurze Zeit den Beamten als vorübergehendes Opfer zugemutet werden.

In politischer Hinsicht haben die Beamten, wie von hoher Seite anerkannt wurde, auf die Röhre geblasen und zu den großen bisherigen Opfern auch dieses neue Schweigen auf sich genommen, auf das beherrschende Versprechen, daß in kürzester Frist eine wesentliche Annäherung an die bestehenden Lebensverhältnisse eintreten werde. Wie eine Verhöhung muß daher in Beamtenkreisen die jetzige Neuordnung wirken, die noch zur Täuschung der Öffentlichkeit als eine wirkliche Aufbesserung um 20 bis 25 Prozent hingestellt wird. Man muß sich fragen, was wird mit einer solchen Irreführung bewirkt? Der Einsicht unserer Mitbürger sei nur das Folgende zur Beachtung anbeigelegt.

Wenn in einer Zeit, in der die Lebensverhältnisse steigen und weitere Preissteigerungen allseitig als bevorstehend gemeldet werden, solche zerrüttenden Maßnahmen getroffen werden, so muß das zur vollständigen Verleumdung der Beamten und damit zum Zusammenbruch führen.

Die Auswirkung dieser Maßnahmen kann nämlich nicht auf die Gruppe der Beamten beschränkt bleiben. Abgesehen von der demoralisierenden Wirkung muß die starke Verminderung der Kaufkraft eines großen Volksteiles sich recht bald für die Geschäftswelt unangenehm fühlbar machen. Ferner besteht für die Beamten die glatte Unmöglichkeit, auch nur eine geringe Erhöhung der Miete zum 1. April tragen zu können. Grundsätzlich müßte als berechtigt anerkannt werden, daß dem Hausbesitzer eine auskömmliche Miete zusteht; aber woher soll der Beamte sie nehmen, wenn ihm der Staat nicht das zum Leben Notwendige gibt. Es geht doch nicht an, daß einerseits die Mietziffern in die Höhe gesetzt werden und andererseits den zur Miete wohnenden Beamten zugemutet wird, diese Erhöhungen von dem fälschlich zugewiesenen Teil ihres Einkommens zu bestreiten, der für die übrigen dringenden Lebensbedürfnisse bestimmt ist. Die zwingende Not muß die Beamten zudem immer mehr auf den Weg des wirtschaftlichen Zusammenstosses führen. Wer kann es den um das nackte Leben ringenden Beamten verargen, wenn sie durch Errichtung eigener Verkaufsstellen usw. sich gegen die vollständige Verarmung zu schützen suchen?

Es liegt als im wohlverstandenen Interesse der ganzen Volksgemeinschaft, besonders der gewerblichen und handelsreibenden Kreise des Mittelstandes, sowie des Hausbesitzerstandes, Schüler an Schüler, mit den Beamten für eine gerechte Bewertung ihrer Arbeit in Staat und Gemeinde einzutreten. Die nächste praktische Forderung für die alle Verhältnisse der Stadt Neuss sich einsehen dürften, muß also lauten: Kein Abbau der örtlichen Sonderzuschläge, die gegenüber Düsseldorf und Köln noch zu gering sind, sondern angemessene Erhöhung der Verdolung.

Verbandsrat der Komba. Der Verbandsrat des Verbandes der Kommunalbeamten und Angestellten Preussens (Komba) E. V., der im Vorjahre wegen der Verkehrsverhältnisse ausfallen mußte, wird in diesem Jahre in Köln abgehalten. Der Verband zählt rund 90 000 Mitglieder. Es wird mit einem jährlichen Besuch der Vertreter aus allen Teilen des besetzten und unbesetzten Gebiets — etwa 1800 bis 2000 — gerechnet.

Turnen, Spiel und Sport

Bezirks-Geländelauf des 1. Bezirks des Niederrheinischen Turnvereins Kreis VIII der Deutschen Turnerschaft. Der diesjährige Bezirks-Geländelauf der D. T. wird am Anfang bis zum Ende in jeder Hinsicht wohlge-lungene Veranstaltung sein. Die Teilnahme für die D. T. gleichsam die Teilnahme für die jetzt kommenden zahlreichen Turn- und Sportvereine. Zahlreiche Zuschauer halten sich eingeschoben, besonders auf dem Sportplatz des Allgemeinen, wo Start und Ziel war, um die erste offizielle Frühjahrsveranstaltung der D. T. zu besuchen. Zahlreich waren die Meldungen eingegangen, besonders erfreulich war die Beteiligung der landlichen Turnvereine, zeigte dies doch, daß dort auch ein frischer Geist Eingang gefunden hat und die Bedeutung des vollständigen Turnens — Vervollständigung — erkannt ist und eifrig gepflegt wird; recht so, nur richtig weiter. Der Lauf war in 5 Klassen eingeteilt: Jugend Jahrgang 1910 und jünger etwa 1000 Meter; Jugend Jahrgang 08/09 und 06/07 etwa 2400 Meter; Turner Gruppe 2 (ländliche Vereine), Turner Gruppe 1 (Meister Vereine, Jahn Oberstufe und Turnverein Gerd) etwa 3200 Meter. Demgegenüber ein schönes Frühjahrs-wetter die ganze Veranstaltung begünstigte, hatten doch besonders die Turnerguppen die Hälfte der Strecke gegen ziemlich starken Gegenwind zu kämpfen. Es hatten in den Jugendgruppen 66 und in den Turnerguppen 46 Läufer, insgesamt 110. Gewinnen eine stattliche Zahl, doch hätten es doppelt soviel sein müssen, einige Vereine hatten leider ganz am Start, das hat bei solchen offiziellen Veranstaltungen nicht bekommen. Ein besonders erfreuliches Bild boten die Jugendlichen wie sie frisch und lustig durchs Ziel kamen, lebhaft begrüßt durch die zahlreichen Zuschauer. In den Turnerguppen wurde, besonders in der zweiten Hälfte des Laufes, scharf um die Führung gekämpft. Da der Lauf als Mannschafslauf gewertet wurde, mußten wenigstens 3 der jeweils aus 5 Läufern bestehenden Mann-

